

## EINHEITSFRONT BRICHT LINKE STIMMEN FÜR NPD-ANTRAG

Bei einem Antrag auf Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 € für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in der Stadt Waren/Müritz gab es eine rege Diskussion.



Stadtvertreterin Doris Zutt rechnete, rechnete den sogenannten Demokraten vor, daß man bei diesem Stundenlohn gerade einmal auf 1.360 € brutto komme. Damit könne man ganz sicher keine Familie ernähren. Sie stellte deshalb den Antrag, den Mindestlohn

auf zehn Euro zu erhöhen. Dem FDP-Mann Toralf Schnur sprach sie ab, Politik für den kleinen Bürger machen zu wollen.

Danach stellte der linke Stadtvertreter Prehm einen

Antrag gleichen Inhalts. Da der NPD-Antrag zuvor gestellt wurde, kam dieser auch zuerst zur Abstimmung und die Linke geriet in einen Zwiespalt. Denn grundsätzlich gibt es die Übereinkunft in den anderen Parteien, niemals mit der NPD zu stimmen.

Zur allgemeinen Überraschung stimmten jedoch alle vier anwesenden Stadtvertreter der Linken für den NPD-Antrag. Hinzu kam noch eine Stimme eines anderen Stadtvertreters, was insgesamt sechs Stimmen machte.

## GLEICHBEHANDLUNG AUSGESCHLOSSEN

Schon im Mai 2012 wurde ein FDP-Antrag gestellt, der eine Satzung für die Nutzung von Räumen der Stadt Waren und für die Räume im Eigentum von Unternehmen mit städtischer Beteiligung forderte. Ziel dieser Satzung ist es nur, die Vergabe von Räumlichkeiten an die NPD untersagen zu können. Alle Parteien dürfen die Räume nutzen. Für die Mitglieder und Wähler der NPD, die

auch ihre Steuern zum Erhalt der Infrastruktur zahlen, soll die Tür aber geschlossen bleiben. Der Gleichheitsgrundsatz und die Chancengleichheit werden mit den Füßen getreten. Derweil beraten die Systemfanatiker über die vorgelegte Satzung bzw. über deren Umsetzung!

Dies verdeutlicht, daß die Feinde der Demokratie nicht bei der NPD sitzen!



# KLARTEXT

DIE STIMME DER MÜNDIGEN BÜRGER IN WAREN

**NPD**  
Die Nationalen

Jahrgang 2013 | www.npd-mv.de

## NPD SETZT SICH FÜR DAS WOHL UNSERER MITBÜRGER EIN!

**NPD fordert: 10€ Mindestlohn bei der Vergabe von Aufträgen**

Die Stadtvertreterin Doris Zutt (NPD) stellte am 14. Mai 2012 den Antrag, städtische Aufträge nur noch an Firmen zu vergeben, wenn diese einen Mindestlohn von 10€ bezahlen. Dieser Antrag wurde von den „demokratischen“ Blockpartein abgelehnt!

Die NPD fordert deutschlandweit, die Angleichung von Löhnen und Renten in Ost und West endlich umzusetzen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, egal ob Mann oder Frau. Das wird schon seit über 20 Jahren von den Systemparteien auf die lange Bank geschoben.

**Die Kurstadt Waren noch attraktiver gestalten!**

Doris Zutt startete in der Stadtvertretung mehrere Initiativen, um die Stadt Waren attraktiver zu machen.

**NPD fordert: Einbau eines Schachbrettes auf dem neuen Markt**

So forderte sie, ein Schachbrett in das Pflaster auf dem neuen Markt einzufügen. Solche gibt es in der Region schon einige und wurden besonders von den Touristen sehr gut angenommen.

**NPD fordert: Errichtung eines Musikpavillons**

Der Antrag, das Musikangebot auszuweiten und zu verbessern, sollte durch die Errichtung eines Musikpavillons an einer belebten Stelle erfolgen. Diese Anträge sollten

Bürgern und Besuchern zu Gute kommen. Auch hier bestätigte sich die Kulturfeindlichkeit der Systemparteien.

**Personenaufzug im „Alten Rathaus“**

Der Zugang zum „Alten Rathaus“ ist für Behinderte, Rollstuhlfahrer und für alte Menschen nur mit erheblichen Schwierigkeiten möglich.

Die NPD will diesen Mißstand unbedingt beheben und verlangte den Einbau eines Personenaufzuges. Anstatt einen barrierefreien Zugang zu gewähren, wurde der Antrag abgelehnt.

**Sprechen Sie mit uns.**

Anders als die etablierten Parteien nehmen ich Ihre Probleme ernst. Sie können mich gerne persönlich sprechen, mich per Telefon unter 03991/ 18 20 33 anrufen oder unter folgender Welt-netzadresse erreichen.



www.zutts-politischen-ansichten-aus-mv.de.  
**Ihre Doris Zutt**

## KEIN VOLKSTRAUERTAG IN WAREN, SONDERN VOLKSBSCHMUTZUNGSTAG

Beim „Volkstrauertag“ in Waren konnte man erleben, wie tief der Schuld kult schon den Geist der Systemlinge befallen hat. Anfangs gedachte der Redner zwar noch kurz den Toten unseres Volkes, den Opfern der beiden Weltkriege und der Vertreibung.



Achtzig Prozent der Rede galten fortan jedoch nur noch der Schuld der Deutschen. Außerdem ging es um Zigeuner-Schicksale und das dringende Bedürfnis nach neuen Stolpersteinen.

**Kein Wort** über die Ursachen des 2. Weltkrieges. Hierzu sagte Churchill am 3. September 1939 im englischen Rundfunk: Dies ist Englands Krieg und Ziel ist die Zerstörung der deutschen Wirtschaftskraft.

**Kein Wort** über die Verbrechen der Siegermächte, die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen, millionenfachen Mord, Totschlag und Vergewaltigung deutscher Frauen durch die alliierten „Befreier“. Bis heute hat man für diese Verbrechen keine zentrale Gedenkstätte in der BRD. Dies sagt alles aus über den Stellenwert den unse-

re Toten, im Gegensatz zu fremden Opfern, einnehmen.

**Kein Wort** über den Bombenholocaust (Brandopfer), als über tausend Städte und Ortschaften zerstört wurden.

Auf dreißig Millionen Zivilpersonen, überwiegend Frauen, Kinder und Alte fielen nahezu eine Million Tonnen Spreng- und Brandbomben. Millionen Todesopfer und der unwiederbringbare Verlust deutscher Kultur und teilweise seit dem Mittelalter gewachsener Innenstädte.

**Kein Wort** zu den fast 1 Million Kriegsgefangenen, die von den „Befreier“ bewußt in den Nachkriegsjahren umgebracht wurden, besonders in den Rheinauen Bad-Kreuz-

nach, Bretzenheim und Umgebung.

Heute tun deutsche Soldaten Dienst überall für fremde Interessen. Dies alles und viele weitere Wahrheiten, soll die deutsche Jugend nicht erfahren, um weiter mit Freude buß- und zahlungswillig zu bleiben. Immer nur das Leid der anderen, ohne Unterlaß, wie das Beklagen der Stolpersteine.

Während dies am Kiez beklagt wurde, war in Paris Sonnenschein, ebenso in Rom, in London Regen und in Gaza Bombenregen.

Michael Ben-Ari, ein Abgeordneter der nationalen Einheitspartei, rief die israelischen Soldaten offen zum Mord an den Palästinensern auf: „Es gibt kei-

ne Unschuldigen in Gaza. Mäht sie nieder!“ WAHRE MENSCHENFREUNDE, hier in der BRD hochverehrt.

Wenn man dann eine Bilanz zum „Volkstrauertag“ ziehen kann, dann kann man nur annehmen, daß der Redner ausschließlich im Neuen Deutschland liest. Deshalb Thema verfehlt. Gewogen und zu

leicht befunden: setzen, sechs!

Dies ist alles nur möglich weil die Bevölkerung diese inländerfeindlichen Parteien wählt, die die Ehre unserer Väter und Großväter beschmutzen.

Jetzt wollen Sie die NPD verbieten, damit sie weiter Zuwanderung, Banken, EU und sonstige Staaten

finanzieren können. Vor dem Beginn am Kiez legte die nationale Stadtvertreterin Doris Zutt mit den freien Kameraden und einigen Bürgern der Stadt Waren dieses Jahr ungestört ein Blumengebinde ab, auf dem geschrieben stand:

**„Achtung vor den tapferen Kameraden, Verachtung für die Verräter.“**

## KRIEGERDENKMAL ERHITZT DIE GEMÜTER

**Ohne den Antrag der NPD wäre nichts passiert!**

Nicht nur der Warener Stadtvertreterin Doris Zutt liegt das ehrwürdige Kriegerdenkmal „Am Mühlenberg“ am Herzen, sondern auch vielen, gerade älteren Mitbürgern.

Sie beauftragte daher den Stadtpräsidenten, einen Antrag zur Denkmalpflege auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Denkmal befindet sich nämlich schon – wie leider viele deutsche Grab- und Gedenkstätten – seit geraumer Zeit in einem miserablen Zustand. Die Tafeln mit den Namen der Gefallenen sind nur noch schwer lesbar und die nähere Umgebung ist stark



verunkrautet. Leider wurde der Antrag in der Stadtvertretung abgelehnt. Bürgermeister Günter Rhein (SPD) begründete dies mit fehlenden finanziellen Mitteln.

Doris Zutt kündigte an, das Denkmal gemeinsam mit deutschfreundlichen Jugendlichen selbst zu reinigen, wenn sich die Stadt verweigere. Bevor es jedoch dazu kam, wurde die Grabstätte plötzlich in-

stand gesetzt. Nun strahlt sogar die Siegesgöttin Victoria im Scheinwerferlicht.

Die Umerziehungstruppen des Nordkuriers sahen darin eine „Lehrstunde“, um der NPD das Wasser abzugraben.

Es ist schon äußerst traurig, daß sich unsere Kommunen nicht selbst in der Lage sehen, die vorhandenen Gedenkstätten zu reinigen, sondern erst darauf warten, daß Privatpersonen oder Vereine die Pflege solcher Anlagen übernehmen.

Während sonst für jeden Mist Geld ausgegeben wird, versucht man sich beim Andenken unserer Ahnen tot zu sparen.

**Eine traurige Zeit!**